

Worauf es ankommt.

Was Friedensprogramme, sondern militärische Taten.

Als im Herbst 1862 der damalige Gesandte in Paris, Otto von Bismarck-Schönhausen preussischer Ministerpräsident geworden war, sagte er in seiner ersten großen Rede im Abgeordnetenhaus: „Nicht durch Reden und Parlamentsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, das war der Fehler von 1848, sondern durch Blut und Eisen.“ Und wenn das, worum der Weltkrieg geführt wird, eine große Frage der Zeit darstellt, so wird auch hier kein anderes Entscheidungsmittel übrig bleiben, als Blut und Eisen. Es sind Reden genug gehalten, aber ein praktisches Resultat haben sie nicht gehabt. Der Deutsche Reichstag und andere friedliebende Parlamente haben Resolutionen beschlossen, sie haben nichts genützt. Die Gewalt der militärischen Taten, die in Russland und Rumänien eine so laute Sprache gesprochen hat, kann allein bestimmen: „Wo hierher und nicht weiter!“

Es ist in der letzten Zeit wieder darauf hingewiesen worden, daß von keiner Seite bisher ein scharf umrissenes Friedensprogramm aufgestellt worden ist. Allerdings hat die Entente als ihr erstes Ziel die „Desannexion“ von Elsaß-Lothringen genannt, aber darauf war von deutscher Seite keine Antwort möglich. Und was nützte uns die Bekanntheit eines deutschen Friedensprogrammes, solange auf der Gegenseite die Bereitwilligkeit fehlte, sich mit uns an den grünen Tisch zu setzen? Für fruchtlose, gehässige, häßliche Zeitungserörterungen sind die letzten doch zu ernst, es ist schade um Tinte und Papier, das für die nutzlose Arbeit verwandt würde. Vier Jahre lang Krieg geführt zu haben und dann die Entscheidung der großen Zeitfragen den Herren Wilson, Lloyd George und Clemenceau zu überlassen, das geht denn doch nicht an. Und das erwarten sie schließlich auch wohl selbst nicht.

Aus den Ententesforderungen nach einem Friedensprogramm sang der wenig verhaltene oder unterhaltene Hahn. Das Pariser Blatt „Temps“ sagte gerade neuer: „Mit einer Friedensprogramm-Erklärung allein ist es nicht getan. Die Entente-Armeen müssen die Deutschen aufhalten und ihnen vor Augen führen, daß eine Kriegserklärung durch die Waffen unmöglich ist.“ Die französische Zeitung will also, daß uns klar gemacht wird, daß wir nicht siegen können. Und das kann uns doch nur durch Erfolge der feindlichen Waffen bewiesen werden. Wir stehen also wieder da, wo wir standen, alle Theorie mit Tinte und Papier nicht nichts, die Praxis der militärischen Taten muß sprechen. Im Westen für Frankreich, England und Amerika, wie sie im Osten für Russland und Rumänien gesprochen hat.

Die Erwartung derer, die auf die Gewalt des Programms „keine Annexionen und keine Kriegsschädigung“ bauen, hat sich nicht erfüllt. Wir hören demgegenüber aus allen englischen Zeitungen die Forderung, daß Deutschland aller seiner Kolonien beraubt werden und aufhören müsse, ein auch nur bescheidenes Kolonialreich zu sein. Ein Witzler kann es, wenn nicht sehen, so doch fühlen, worauf das abzielt. „Auf den Sach schlägt man, und den Hiel meint man.“ Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit soll tot gemacht werden. England und Amerika suchen über den Idoalen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigung, sie wissen heute schon ganz genau, womit sie ihre Kriegskosten und ihren Kriegsschaden heranzuschlagen wollen; sie wollen nach dem Kriege alle Nationen durch hohe Rohstoff- und Materialpreise das Hehl über die Ohren ziehen. „John Bull“ und „Brüder Donatisten“ sind keine Idealisten, sondern außerordentlich geübte Geschäftsleute, die nach diesem Grundsatze Krieg führen und danach allein Frieden zu schließen gedenken. Und dieses ihr eigentümliches Programm werden sie auch nicht laut verkünden, sein Spekulant erzählt vorher, wie er seine Abnehmer schrauben will. Diese britisch-amerikanischen Kriegsziele wagen die französischen Zeitungen ihren Lesern doch nicht anzudeuten, denn dann würde denen doch der Geduldsfaden reißen. So können denn nicht schöne Worte, sondern nur große Taten Klarheit und Wahrheit bringen. Denn wenn die Welt widerstandslos unter dem englisch-amerikanischen

Zwang setzen sollte, so wäre dieser Friede ganz gewiß nicht dauernd.

Politische Rundschau.

Für die Handhabung der neuen Zugabsteuer, die jetzt ebenfalls im Reichstage verabschiedet wird, regt sich vielfach die Befürchtung im Volke, ob die Ehrlichkeit dabei nicht zu kurz kommen wird. Wenn diejenigen, die Luxusartikel verkaufen — und es ist auch ziemlich unklar, was Luxus darstellt und was nicht — den Steuerausschlag nicht an das Reich zuführen, so ist das Publikum derjenige, der die Zehne allein bezahlt, mitunter sogar, ohne es nötig zu haben, wenn ihm nämlich Gegenstände als Luxus verkauft werden, die es gar nicht sind. Es ist richtig, daß heute die Ehrlichkeit in der ganzen Welt recht brüchig geworden ist, und darum wird der Reichstag auch Vorkehrungen gegen ungesetzhafte Seitenprünge treffen. Außerdem soll bekanntlich ein Steuergerichtshof errichtet werden. Der Argwohn, daß solche Ausgaben, die nicht einzeln streng zu kontrollieren sind, von den Pflichtigen hinterzogen werden, ist übrigens alt und, wo solche Steuern bestanden, leider meist begründet. Wer sich in den romanischen Staaten, die mit solchen Ausgaben sehr rechnen, umgesehen hat, weiß Bescheid. Ohne strenge Strafen geht es kaum.

Das Königreich Bayern und die beiden Großherzogtümer Mecklenburg sind heute in den Kreisen derer, die reisen können, die populärsten deutschen Staaten. Sie stehen in dem Ruf, infolge ihrer starken Landwirtschaft und bei verhältnismäßig wenig großen Städten viele, gute und nicht zu teure Lebensmittel abgeben zu können. Und dieser Ruf bringt ihnen viel Geld ins Land. Aber es gilt auch hier, daß nur ein Schein mehr gibt, als er hat, und daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Auch in Bayern und in Mecklenburg können die Lebensmittel knapp und teuer sein oder hoch werden, und wer gerade Pech hat, leidet, reich an Enttäuschungen, nach Hause zurück. Die bayerische Regierung hat schon bekannt gegeben, daß die Ausschüsse für die neue Ernte keineswegs so überaus günstig sind, und daß auch die Interessen der ansässigen Bevölkerung zu wahren sind. Auch in Mecklenburg sollen die „Einheimischen“ nicht selten mit langen Gesichtern auf die „Außerhalbischen“ blicken. Gewiß ist allen Geschäftsleuten Geld zu gönnen, aber ohne Rücksichtnahme auf die anderen geht es auch nicht ab.

Die Wiener Reise Erzbergers. In Sachen der Wiener Reise Erzbergers, im Dezember 1917, wegen der er Auseinandersetzungen mit dem Reichskanzler hatte, ließ der Abgeordnete Erzberger bekanntgeben, daß die Reise in Angelegenheit der Wiedervereinigung der bulgarischen Kirche mit der römisch-katholischen geschah und mit Zustimmung des auswärtigen Amtes erfolgt sei. Die „Kölnische Volkszeitung“, die sich näher mit der Angelegenheit befaßt hat, veröffentlicht nunmehr die Antwort des Münchener Nuntius und eine Meldung des „Observatore Romano“, um daraus zu folgern, daß der Vatikan vom Zweck der Reise nichts gewußt habe. Die apostolischen Nuntiatoren in Wien und München waren nicht mit der Sache befaßt. Also, so meint die Zeitung, hat Erzberger die Aktion auf eigene Faust unternommen, ohne einen kirchlichen Auftrag empfangen zu haben. So wie die Dinge liegen, kann Erzberger den Beweis für das Gegenteil schon aus Mangel an Papst nicht führen; denn die Entente würde diesen sicher der Vorteilhaftigkeit zeigen, wenn er ohne Entwicklung der Dinge in Bulgarien betrieben hätte, die auch im deutschen Interesse lag.

Nationalökonomischer Antrag zur Reform des Auswärtigen Amtes. Die Nationalliberalen haben zum Etat des auswärtigen Amtes den Antrag gestellt, den Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglichst einen Ausschuss zur Prüfung der Frage einer organischer Reform des auswärtigen Amtes einzusetzen, in den außer Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstages und Vertretern des Generalstabes und Admiralstabes insbesondere auch Vertreter des am überseeischen Handel beteiligten Kaufmannstandes und der deutschen Exportindustrie zu berufen wären.

Was ist Rabenflug? Der Reichstagsausschuss hat die Frage zugestimmt, an der Befreiung und Gewährung der Rente mitzuwirken.

Abg. Nuffel (U. Soz.): Die Vorlagen gehen uns nicht weit genug. Die private Fürsorge muß ersetzt werden durch genügende Reichsfürsorge. Der Rentebetrag der Rente soll 2000 Mk. betragen.

Krieg und Wirtschaft.

Zweierlei Maß in Bayern. Wir lesen in der „Vorzeitung“: „Am letzten Sonnabend sollen in Bamberg gegen 200 Frauen und Mädchen aus Thüringen Gen. N. und Kartoffeln gekauft haben. Die Behörden schritten ein und beschlagnahmten die Einkäufe. Am Bahnhof ging es so her, daß die Leute den Anschluss nach Thüringen verfluchten. Das gab dann wieder Anlass zu lärmenden Anstößen in Lützenfeld. Bedenkt man denn in Bayern gar nicht, daß es die Not ist, die Thüringerinnen und Mädchen fortreibt, Gemüse und Kartoffeln zu suchen? Vielleicht entschließen sich die Regierungen in Cernub und Weimingen, einmal in München vorüber zu werden. Für den Herrn Reichskanzler läßt Bayern Lebensmittel heraus, nicht aber für die Armen in Thüringen. Man sollte doch nicht so mit zweierlei Maß messen.“

Die Unsicherheit bei der Anzüge-Sammlung. Auf eine Anfrage bei der Reichsbefreiungsgesellschaft wegen der jetzigen und einer künftigen Kleiderammlung gab diese folgende Antwort: „Wer einen Anzug abgibt, bleibt bei der jetzigen Kleiderammlung von der Angabe seines Kleiderbestandes befreit. Bei einer künftigen etwa erforderlichen Zwangsleistung der Kleidererfassung wird der abgelieferte Anzug angerechnet, falls auf die Abgabebescheinigung zur Erlangung eines Bezugscheins verzichtet wird. Eine Beurlaubung des Mittelstandes ist völlig unbegründet; eine Erdonnung derselben ist vorgesehen.“ — Hoffentlich geschieht es darnach.

Keine Wohnungsnot. Daß es nicht überall eine Wohnungsnot gibt, zeigt Khabla in Sacken-Altendurg.

zur Vermeidung der Witterungsgefahr beschloß eine neue Errichtung des Begriffs Rabenflug. Diese soll nur vorliegen, wenn jemand sich während der Verpflegung zum Dienst entzieht. Die Verlegung in die 2. Klasse des Schlafwagenabtes soll bei Rabenflug verfügt werden können. Bisher trat sie stets ein.

Die Zugabsteuer wurde im Reichstagsausschuss beraten und dabei erheblich erweitert. Sie umfaßt neben Schmuckstücken, Kunstwerken, Antiquitäten auch Klaviere, Autos, Photographische Apparate, Ballons, Handfeuerwaffen, Teppiche im Wert über 200 Mark und Pelzwerk mit Ausnahme von Schalspelzen. Die Steuer beträgt 10 Prozent und bei Schmuckstücken, Antiquitäten und Kunstwerken 20 Prozent.

Friedensbereitschaft ohne Schwäche.

Genl. Lurian wurde von dem Wiener Arbeiterrat angefangen, seinerseits Schritte zur Annahme eines Verständigungsfriedens zu tun. Er antwortete darauf: Wir werden nichts unterlassen, was auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg zur Herbeiführung der Friedensverhandlungen dienlich sein könnte. Um den angelegten Augenblick hierfür wahrzunehmen, verfolgen wir sorgfältig die Entwicklung der Stimmung in den feindlichen Ländern. So lange aber unsere Gegner, wie es gegenwärtig leider der Fall ist, noch keine Bereitwilligkeit zeigen, auf ernste Verhandlungen einzugehen, sind wir gezwungen, uns zu verteidigen, und alles zu vermeiden, was unsere Feinde als Zeichen der Schwäche auslegen würden und was sie daher zur Verlängerung des Krieges ermutigen würde.

Wer noch Zweifel hegen sollte an dem festen Willen des Reiches, das Kriegsgeld bis zu Ende zu verfolgen, den wird die neueste Kriegsrede Vosslers anfließen, der mit nackten Worten ansprach, daß die Vernichtung Deutschlands das Ziel der Entente ist.

Die militärische Lage.

Der militärische Mitarbeiter von „Ebensla Dagbladet“ (Stockholm) schreibt: Die Schlacht an der Westfront befindet sich offenbar augenblicklich an einem toten Punkte. Die deutschen Angriffe sind durch den verweirten Widerstand der Franzosen zum Stillstand gekommen, aber auch die Franzosen scheinen durch ihre unerhörten Anstrengungen so ermattet zu sein, daß sie sich auf keine ausgedehntere Gegenoffensive einlassen können.

Um der Marne- und Kopon-Offensive zu begegnen, dürfte der Verband gezwungen worden sein, den überwiegenden Teil seiner künftigen Truppen in diesen Gegenden zu konzentrieren. Der Ausgang der Kopon-Schlacht hat gezeigt, daß die Zeit für einen direkten Angriff gegen die konzentrierten Verbände derer noch nicht gekommen ist; aber die Anhäufung derselben dürfte dagegen nur auf Kosten einer bedeutenden Verdünnung an anderen Stellen fortgefunden haben. Ein unmittelbarer bewerkstelligter deutscher Angriff auf einem von Kopon entfernten Frontteil würde daher wahrscheinlich in hohem Grade erleichtert sein. Die Deutschen haben ganz sicher genutzte Kräfte zu einem solchen Stoße von sehr großem Umfange verfügbar, und es scheint deshalb höchst wahrscheinlich, daß innerhalb einer nahen Zukunft neue Angriffe beginnen werden. Es muß im deutschen Interesse liegen, das Eisen zu schmieden, solange es warm ist, und keine Gründe scheinen jetzt für eine längere Pause wie die nach dem großen Märzdurchbruch vorzuliegen.

Paris auf das Schlimmste vorbereitet. Die „Times“ melden aus Paris: Paris bietet fast denselben Anblick wie im Herbst 1914. Es herrscht Ruhe und Menschenleere in den Straßen, die jetzt mehr in ökonomischer Hinsicht erinnern als an die Hauptstadt der lateinischen Kultur. Der Grund lautet ein. Man will lieber Vernunft bewahren, als sich einem falschen Vertrauen hingeben. Die Regierung bereitet sich auf das Schlimmste vor. Es werden daher alle Zivilisten, die nicht mit nützlicher oder notwendiger Arbeit beschäftigt sind, aufgefordert, sich an einen anderen Ort zu begeben, während nach Zeit und Möglichkeit vorhanden ist und anstatt zu wachen

Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung des Reichstages standen am Sonnabend die Kapitalabfindungsgesetze für Mannschaften und Offiziere und eine Reihe von Anträgen der Parteien. General von Langemann gab Aufklärungen über die Durchführung der geplanten Kapitalabfindung. Dann sprachen die Parteiführer ihre besonderen Wünsche aus. Schließlich gingen die Besetzungskräfte und die Anträge an einen Ausschuss.

Der Verlauf der Sitzung. Der Reichstag beriet heute den Pensionsspenden in Verbindung mit zwei Vorlagen über die Ergänzung des Kapitalabfindungsgesetzes.

General von Langemann: Die beiden Vorlagen sind hervorgegangen aus der Dankpflicht des deutschen Volkes gegenüber den Kriegsgeschädigten. Das Kapitalabfindungsgesetz von 1916 hat gut gewirkt, die angeforderten Kriegsgeschädigten fühlen sich wohl.

Abg. Wiesberts (Ztr.): Bei der Auszahlung der Renten und Pensionen sollten Verzögerungen vermieden werden. Die Organisationen der Kriegsgeschädigten sollten sich von politischen Tendenzen freihalten.

Abg. Bauer (Soz.): Wir stimmen den Vorlagen zu, wenn wir auch noch weitergehende Wünsche haben.

Ein Vertreter der Zentralabteilung des Kriegsministeriums sagt zu, daß gegen die Verzögerung der Unterbringung Kurbedürftiger in Kurorten nach Möglichkeit Abhilfe geschaffen werden soll.

Abg. Meyer-Hersford (natlib.): Um die Arbeitslast der Kriegsgeschädigten zu erhöhen, sollte man die Rente nicht auf den Arbeitsverdienst anrechnen. In die Verzögerungskriter möge der soziale Geist des preussischen Kriegsministeriums einziehen.

Abg. v. Winterfeldt (L.): Es ist erforderlich, daß eine Beschleunigung des Rentenverfahrens durch entsprechende Ausführungsbestimmungen Platz greift.

Abg. Sturorich (Sp.): Den Kriegsgeschädigten muß

ton, I
Verlic
nung
zwei
denk
Paris
ein s
fortig
und a
paufe
waren
anzu
tunge
war
mit C
der V
erleid
die V
gelegt
geteilt
die V
Ru
T
wende
Land
und o
Strig
sein, s
berzw
stehen
Arbeits
Wand
verteilt
huden
Land
D
sich di
gegen
ten di
Land
Gedich
wollen
der ge
und im
komme
Punde
alten i
beide
Unterf
D
Schreib
tion in
nisch
AN
der B
fährt u
erklärte
Verdacht
ber die
Schiff
gen M
Frieden
folgend
1.
an die
des Pe
2.
Frieden
hinweg
ziehung
3.
Schiffe
in den
De
Kern
Leistung
einen
den Tr
Vand
in folg
vertrau
selbst
als E
anzuf
den m
Be
müßte
in ange
dendelt
zu g
jet weil
Frieden
Reita
D
Frieden
sind
druck
worden
rechnu
ausfält
N
die gan
in Bou
Bewelt
samt m
die For
Pent
sich in